

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Nr. 12.

Berlin, den 3. Dezember 1916.

11. Jahrgang.

Ashenbrödel Demokratie.

In dem Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, ist das Schicksal des sogenannten Zivildienstgesetzes noch nicht entschieden. Wenn der Leser sie zu Gesicht bekommt, wird er und mit ihm das ganze deutsche Volk um ein Kriegsgesetz reicher sein, ein Gesetz, das trotz seines schönen Aushängeschildes: „Vaterländischer Hilfsdienst“, alle werktätigen Volksschichten in eiserne Klammern zwingen wird. Zwar ist im Reichstage, wie schon so oft bei anderen Gelegenheiten, auch über dieses Kriegszwangsgesetz sehr viel geredet worden. Bedenken über Bedenken wurden geäußert, eine reiche Fülle von Anträgen und Vorschlägen ergoß sich auf die vier dürftigen Paragraphen dieses Mantelgesetzes, das dem Bundesrat und der Militärgewalt die weitgehendsten Machtbefugnisse einräumen sollte und trotz der schönen Reden im Reichstage auch einräumen wird. Wer sich in dieser Zeit der Kriegsgesetze nur einigermaßen den klaren und kühlen Blick für Wirklichkeiten bewahrt hat, muß sich darüber klar sein, daß mit diesem Gesetz das arbeitende Volk der Kriegsdiktatur der zivilen und militärischen Verwaltungsbürokratie ausgeliefert worden ist, und daß die Mitwirkung des Reichstages nichts weiter darstellt, als ein paar armselige, scheindemokratische Lappen, mit denen die engen Handfesseln dieses Zwangsarbeitsgesetzes umwickelt werden sollen.

Daß dem in Wirklichkeit so ist, beweist ein Blick auf die ganze Tätigkeit des Reichstages in den letzten zwei Jahren. Da dieses pompöse Heiligtum der ach so engbrüstigen deutschen Demokratie als Bewilligungsapparat nun einmal nicht zu entbehren ist, wurden die Abgeordneten stets zusammengetrommelt, um die ihnen vorgelegten Milliarden-Kriegswechsel zu unterschreiben. War das aber geschehen, dann hatte es die Regierung immer sehr eilig, die Herren Volksvertreter wieder nach Hause zu schicken. Hatten sie doch die ihnen zukommende „vaterländische Dienstpflicht“ erfüllt: sie hatten treu und gehorsam die neuen Kriegskredite bewilligt. Aber die Herren hatten ein demokratisches Gewissen; sie wußten der Regierung stets einige Tage parlamentarischer Wirksamkeit mehr abzuknappen, als diese für unumgänglich notwendig hielt. In dieser Gnadenfrist ist dann weidlich viel geredet, gedonnert, beantragt und beschlossen worden. Wenn man die Dinge nur nach der im Reichstage verbrauchten Lungenkraft beurteilen würde, dann müßte in

bezug auf die Volksernährung, in den Fragen der Zensur, der Schutzhaft, ja sogar des Friedens alles zum besten gewendet sein. In Wirklichkeit ist aber in der Hauptsache alles beim Alten geblieben, wenn vielleicht auch der eine oder andere besonders böse Einzelfall aus der Welt geschafft oder an Kleinigkeiten herumgedoktort worden ist.

Schon in Friedenszeiten hat die Demokratie im deutschen Vaterlande zu den Stiefkindern des Hauses gezählt. Im Krieg ist sie aber vollständig zum Ashenbrödel geworden. Es ist das ja auch nur zu natürlich. Wenn Mars die Stunde regiert, wenn alles dem Kriegszweck und dem Kriegszwang unterworfen ist, wenn die Militärbehörden mit souveräner Gewalt ausgestattet werden, dann bleibt für die Demokratie nichts mehr übrig. Das bishen Scheindemokratie, das im Reichstage gemimt wird, ändert an dieser Tatsache nicht das Mindeste. Als harte Notwendigkeit wäre ein solcher Zustand auf mehrere Monate zu ertragen gewesen, jetzt, da er schon im dritten Jahre auf dem Volke lastet, muß er die schwersten politischen und sozialen Schäden zeitigen, die gesamte Kultur-entwicklung auf Jahrzehnte lahm legen.

Vassalle hat einmal das Wort geprägt: „Das Königtum hat bessere Diener als Sie, meine Herren!“ Wenn jemals, so hat das Wort in diesem Kriege seine Berechtigung. Geradlinig, entschlossen und energisch gehen die Militärs drinnen und draußen auf ihr Ziel los. Ihr ganzes Tun und Denken ist militärisch orientiert, ihre Weltanschauung, ihre Arbeitskraft erschöpft sich in strategischen, taktischen und organisatorischen Gedankengängen. Es gibt allerdings Sozialdemokraten, die auch dem sozialen Verständnis der Militärbehörden Loblieder singen. Die Braven vergessen, daß dieses soziale Verständnis da aufhört, wo der Kriegszweck ein Ende hat, und daß jenseits dieser doch recht recht engen und nur vorübergehend gezogenen Grenze die großen sozialen und demokratischen Ziele der Arbeiterschaft auf den Widerstand des Offiziers stoßen müssen, der heute aus den Kreisen der Aristokratie und des besitzenden und gebildeten Bürgertums stammt. Daran ändert auch das von Vensch und anderen so herausgestrichene Väckerdußend „sozialdemokratischer“ Leutnants der Landwehr 1. und 2. Aufgebotes und Offiziersstellvertreter, die in der Schar von einigen hunderttausend Offizieren völlig verschwinden, nicht das Mindeste.

Weltanschauung und Lebensaufgabe der Sozialdemokratie unterscheiden sich von der der

heutigen Militärs wie Tag und Nacht. Ihr Tun und Denken kann und darf nicht rein militärisch orientiert sein, will sie sich nicht selbst aufgeben. Wie steht es aber um ihre Diener und Führer? Sind diese auch so geradlinig, entschlossen und energisch in der Verfolgung ihrer Aufgaben, wie die „Diener des Königtums“?

Wie es damit bestellt ist, zeigt u. a. ein Blick auf die Vorgeschichte des Zivildienstgesetzes. Der Vater des Gesetzes, der General Gröner, ist ein Mann, der genau weiß, was er will und für den es zur Erreichung seiner militärischen Zwecke „Bedenken“ nicht geben kann und darf. So weit, so gut. Was soll man aber dazu sagen, das ausgerechnet ein sozialdemokratischer Abgeordneter das Grönersche Kriegszwangsarbeitsgesetz als „die reifste Frucht auf dem Baume des Kriegssozialismus“ bezeichnet hat und daß ein anderer Abgeordneter dieses Gesetz sogar als einen Triumph der Demokratie feiert. Der Brave, der dieses fertig brachte, ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Max Quark, und der Ort, wo er seine Begeisterung abgelagert, ist der Müller-„Vorwärts“ und das „Berliner Tageblatt“. Dem letzteren war bei dem Quarkschen Hymnus doch nicht ganz wohl zu Mute, es rückte in einer redaktionellen Bemerkung sehr deutlich von diesem Prachtexemplar von Sozialdemokraten ab. Das Müller-Stampfer-Papier aber hatte an Quarks Begeisterung nichts auszusehen. Kein Wunder! In einem Blatte, in dem Parteibureaufürer, die seit mehr als drei Jahren jeder demokratischen Kontrolle enthoben sind, dank der Mächte des Belagerungszustandes das Szepter führen, hat die Demokratie kein Daseinsrecht mehr, da wird ihr Platz von einer unehrlichen Demagogie eingenommen.

Wenn man die Dinge nur vom agitatorischen Standpunkte aus betrachtet wollte, könnte man sich freuen, daß Quark, der Müller-„Vorwärts“ und die alte sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich neben vielen anderen Kriegssünden auch noch die Verantwortung für das Arbeitszwangs-gesetz aufgeladen haben. Die Tage der Abrechnung müssen ja doch einmal über kurz oder lang einmal kommen. Aber die Sache ist zu ernst, das Schicksal von Hunderttausenden hängt daran, so daß man schon im Namen der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit gegen das Verhalten eines Quark und seiner Gesinnungsgenossen protestieren muß.

Quark schreibt, man könne bei dieser „Organisation der Volkserhebung für vaterländische Dienste“ von „einer Art Volkserhebung in der Heimat“ sprechen. Es wiederhole sich in „ruhigeren Formen, aber in der Tiefe ebenso mächtig, das große Schauspiel der ersten Wochen des Krieges“. Wir möchten gern wissen, wo dieser erleuchtete Volksvertreter die Stimme aus der Tiefe gehört, wo er wirklich den Pulsschlag der arbeitenden Massen gefühlt hat? Der Massen, die die Hauptleidtragenden dieses Zwangs-gesetzes sein werden, haben ganz andere Sorgen und

Schmerzen, als Herr Max Quark sich einbildet. Wo und wann ist das Volk um seine Meinung über dieses Gesetz gefragt worden? Hat es sein politisches Verständnis, mit dem es dank eines undemokratischen Schul- und Staatswesens schon vor dem Kriege recht dürftig bestellt war, an einer seit Jahren unter Zensur stehenden Presse schulen können? Hat ihm der Belagerungszustand jede politische Tätigkeit in Versammlungen usw. nicht unmöglich gemacht? Habt ihr sozialdemokratischen Abgeordneten nicht selbst mitgeholfen, die Demokratie als Aschenbrödel in den Winkel zu drängen? Euer parlamentarisches Redegeplätzer erscheint Euch, weil jetzt in der Tiefe alles stumm sein muß, als ein großes Schauspiel, das Euch selbst berauscht und in diesem Rausche erscheint Euch das, was draußen als harter Zwang empfunden wird, als große demokratische Errungenschaft, als „eine Kräftigung des staatsbürgerlichen Bewußtseins“.

Die Kriegspynchose hat manches Unheil in den Köpfen angerichtet. Das schlimmste Unheil besteht aber in der Tatsache, daß jetzt, nachdem die Arbeiterbewegung über zwei Jahre auf ihre demokratischen Kontrollmittel verzichten mußte, die meisten Führer dieser Bewegung einer Art absolutistischen Größenwahns verfallen sind. Wie Ludwig XIV. einst sagte: „Der Staat bin ich!“, so sagen die Wortführer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: „Wir sind die Sozialdemokratie!“ Und die Scheidemann, Ebert, Müller usw. sagen: „Wir sind die Partei!“ Und daß die Gewerkschaftsführer in ihrer gewichtigen Persönlichkeit die ganze Gewerkschaftsbewegung verkörpert sehen, ist in dieser Kriegszeit erst recht deutlich geworden.

Wenn wir daher der Demokratie im Staatsleben zum Siege verhelfen wollen, müssen wir sie erst in unserer Bewegung aus ihrer Aschenbrödelrolle befreien, müssen wir sie gegen Gewaltstreiche übermütig gewordener Bureaufürer verteidigen. Und in diesem Kampfe bildet der Widerstand gegen den „Vorwärts“-Raub durch den Parteivorstand eine der wichtigsten Etappen.

Der Protest der Feldgrauen.

Ein Musterbeispiel vornehmer Objektivität liefert wieder einmal die F. S. Sie schreibt unter obensiehender Spitzmarke:

„Von den Briefen, die uns täglich aus dem Felde zugehen, beschäftigen sich in der letzten Zeit viele mit dem Boykottbeschlusse der Berliner Opposition gegen den „Vorwärts“. Viele der aus Berlin stammenden Genossen betonen ihr Einverständnis mit dem Protest gegen den Boykott und mit dem Wirken des neuen Vereins. Ähnliche Briefe erhalten Berliner Genossen. Aus einem solchen Schreiben eines Genossen, der an sehr gefährlicher Stelle steht, möchten wir nachstehende charakteristische Äußerung wörtlich wiedergeben:

„Erfahre soeben von meiner Frau und aus der Zeitungsbeilage von dem Protest gegen den uner-

hört und ganz unverständlichen Beschluß des Boykotts. Soweit ich im Schützengraben mit Berliner Abonementen Fühlung habe, ist die Stimmung durchweg die, daß der Krieg nervenzerrüttend wirkt, bloß nicht wir werden verrückt, sondern die Heimatgenossen. Es ist unerhört, unser Organ, an dem soviel Tropfen Schweiß der Agitation klebt und welches jetzt ein Opfer der obwaltenden Verhältnisse geworden ist, so herunterzureißen. Wir bedauern nur, uns dem Protest nicht anschließen zu können. Na, hoffentlich kommen wir zuhause, wir werden ihnen „Spaltung“ lehren!“

So denken die Genossen draußen über die blindwütige Zerstörungssucht der Haase-Ledebour-Leute, die ihren Latendrang nicht meistern können, und diesen nun gegen das unter vielen Mühen Geschaffene betätigen.“

Wir wollen der sauberen J. K. für heute einige Fragen unter die Nase reiben, auf die wir von dieser Meisterin der Wanzentaktik eine Antwort allerdings nicht erwarten.

1. Glaubt die J. K., daß nur ihr aus dem Felde Briefe zugehen, die sich mit dem „Vorwärts“-Konflikt befassen? Wir könnten ebenfalls mit einer reichhaltigen Sammlung von Feldpostbriefen aufwarten, die alles andere als Schmeicheleien für die Macher des Vorwärts-Raubes und deren Helfershelfer enthalten und die noch viel schärfere Abwehrmaßnahmen gegen den Gewaltstreich der Müller-Fischer-Stamper-Leute verlangen. Darunter befinden sich auch Genossen, die „an sehr gefährlicher Stelle“ stehen. Zu veröffentlichen sind sie in diesen für die Presse so brenzlichen Zeitaläufen allerdings noch nicht. Da ist die J. K. mit ihren guten Beziehungen zurzeit allerdings in einer günstigeren Lage.

2. Was hat die J. K. getan, um die draußen im Felde stehenden und nur auf ihre geistige Kost angewiesenen Genossen über die Vorgeschichte des Vorwärts-Konfliktes zu unterrichten? Kein Wort haben diese Leute erfahren von dem Treiben des Parteivorstandes und seines Helfershelfers Fischer, kein Wort über jene Häufung von Hinterlist, bureaukratischer Gewalt, Verletzung von Treu und Glauben, kein Wort davon, daß die Vorstandsdеспотен weit über die Forderungen der Militärzensur hinausgingen, daß sie die Rechte der Berliner Genossen auf den „Vorwärts“ erdrosselt, alle Forderungen der Demokratie und des Parteistatutis über den Haufen geworfen haben. Die von der J. K., der „sozialdemokratischen Feldpost“ und dem „objektiven“ Müller-„Vorwärts“ in seiner heutigen Gestalt „aufgeklärten“ Genossen haben ja keine Ahnung von den Gewaltstreich, die die Groß-Berliner Verbandsgeneralversammlung zur Abwehr gezwungen haben.

3. Warum hat die J. K. die Feldgrauen nicht über „die blindwütige Zerstörungssucht“ eine Legion, vieler hundert von Gewerkschaftsbeamten und der ganzen Gefolgschaft der Groger-Thurrow-Gruppe informiert, die seit Jahr und Tag den „Vorwärts“ boykottiert und sich „gegen das unter vielen Mühen Geschaffene betätigt“ haben? Jetzt winselt die J. K., dieses mit Gewerkschaftsmitteln und mit Gewerkschaftshilfe aufgezüchtete und erhaltene Keptil, das sich in

der Gnadenjonne des Parteivorstandes wärmt, über die „Haase-Ledebour“-Leute, die einen bitteren Kampf um ihr gutes Recht und um die Ehre der deutschen Sozialdemokratie führen müssen. Dabei gibt es unter den „Haase-Ledebour-Leuten“ massenhaft Genossen, die sehr viele „Tropfenschweiß der Agitation“ für den „Vorwärts“ vergossen, ja sogar jahre- und monatelang für „unser Organ“ hinter eisernen Gittern gefesselt haben, als an den edlen J.-K.-Baumeister und seine wackern Mitkämpfer in der Partei überhaupt noch nicht zu denken war.

* * *

Parteigenossen und Parteigenossinnen Groß-Berlins! Ihr werdet fragen, warum wir der J. K. und ihrem Kehrlicht soviel Ehre antun und uns so eingehend mit ihr beschäftigen. Aus Lust am Krach geht es gewiß nicht; mit solchem Gefindel sich herumzuschlagen, ist wahrlich kein Vergnügen. Aber es geschieht aus zwei Gründen: Ihr seht einmal, mit welch verlognen und demagogischen Mitteln die Genossen draußen im Felde von der J. K. und ihren Hintermännern bearbeitet werden. Ballonweise geht wöchentlich die von der J. K. herausgegebene „sozialdemokratische Feldpost“ an die Front und in die Garnisonen, um dort ihr Werk der Brunnenvergiftung zu verrichten. Daher ist es zweitens dringend notwendig, daß auch ihr mit doppelter und dreifacher Energie die uns nahestehenden Feldgrauen über die Vorgänge in der Partei aufklärt. Auf diesem Gebiete ist von uns noch viel veräumt worden, die geschäftsgewandten Macher der J. K. sind da viel eifriger. Das muß Euch ein Ansporn sein, im Kampfe um Euer Recht überall Klarheit zu verbreiten. Den im Felde stehenden Genossen darf die Kenntnis der Vorgänge in der Partei nicht bloß aus der Südbelücke der J. K. kommen.

*

Ein soeben uns aus dem Felde zugehendes Schreiben wollen wir an dieser Stelle doch wiederholen. Es lautet: „Durch das „Mitteilungsblatt“ sowie die „Leipziger Volkszeitung“ erhielten wir Kenntnis davon, daß die Berliner Genossen endlich den Kampf mit jener Gruppe selbstsüchtiger Geschäftspolitiker, die sich sozialdemokratischer Parteivorstand nennt, aufgenommen haben. Um auch einen kleinen Teil zum Gelingen dieses Kampfes beizutragen, der nicht zuletzt in unserem Interesse geführt wird, übersenden wir Ihnen den Betrag von 15 Mark.“

Diese Zeilen klingen anders, als die in der J. K. Die Genossen draußen können sich darauf verlassen, daß wir Dahingeblichenen fest und unerschütterten den Kampf fortführen werden, bis uns unser Recht geworden.

Sollen sie triumphieren?

Vor einigen Tagen brachte die „Vossische Zeitung“ folgende Notiz:

Der „Vorwärts“-Boykott durch die radikalen Sozialdemokraten in Berlin kann, wie die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt, schon jetzt als ein *Fiasco* bezeichnet werden: die Zahl der Abbestellungen ist verhältnismäßig gering. Die Versuche, für die „Leipziger Volkszeitung“ und den noch radikaleren „Volksfreund“ in Braunschweig radikale Leser in Berlin durch Einrichtung einer besonderen Rubrik für Ber-

liner Nachrichten zu gewinnen, ist nicht gegliückt. Wie das Chemnitzer Blatt hört, hat man für die „Leipziger Volkszeitung“ 1800 und für den Braunschweiger „Volksfreund“ 1100 Abonnenten in Groß-Berlin gewonnen. Nach dem Bericht für den Parteitag in Jena im Herbst 1913 hatte der „Vorwärts“ am 31. März 1913 im ganzen 157 100 Abonnenten; im Jahre vor dem Kriege wurde stark über den Rückgang an Abonnenten des „Vorwärts“ geklagt, doch dürfte er auch noch vor einigen Monaten mehr als 100 000 Abonnenten gehabt haben.

Die wesentlichen Angaben dieser Meldung sind in der J. N. der Presse übermittelt worden, wahrscheinlich in höherem Auftrage der Müller, Fischer oder Genossen. Diesen edlen Vorkämpfern sozialdemokratischer Grundsätze, diesen einzig wahren und berufenen Vertretern der Arbeiterinteressen, ist jedes Mittel recht, die Berliner Genossen, die sich nicht vergewaltigen lassen wollen, herabzusetzen, ihren ehrlichen Kampf gegen Rechtsbruch und Gewaltstreich als wahnsinnige Zerföhrungswut hinzustellen. Aber ihr unehrlich Spiel muß durchkreuzt werden. Gerade eine Meldung, wie die obenstehende, muß die Berliner Parteigenossen und Parteigenossinnen zu verstärktem Widerstand herausfordern. Solange der „Vorwärts“ in den Händen des Parteivorstandes und seiner Kostgänger ist, solange die Müller, Stampfer usw. darin mit demagogischen Schlichen und Kniffen auf Bauernfang ausgehen, solange die Preßkommission als Vertreterin der Berliner Parteiorganisationen unter Bruch des Parteistatuts vom Vorstande ausgeschaltet wird, solange muß auch der Kampf gegen diesen „Vorwärts“ durchgeführt werden. Eure Parteigegner häufen zur Gewalt noch den Hohn! Gebt ihnen die rechte Antwort darauf, Parteigenossen!

Ein ungeeignetes Objekt.

Die Reichstagsersatzwahl in O s c h a t z - G r i m m a hat mit einem Wahlsiege des bürgerlichen Kandidaten geendet. Da der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Lipinski, erklärt hatte, daß er sich bei einer etwaigen Wahl der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft anschließen werde, wird jetzt in der Mehrheitspresse über die „Niederlage“ dieser Arbeitsgemeinschaft orakelt. Der vermüllerte und verstampferte „Vorwärts“, der jetzt aus jeder Blüte Honig saugen muß, um seine auf brutaler Gewalt beruhendes Dasein zu rechtfertigen, mimt den ernststen Schulmeister. Das Volk hat nach seiner Meinung ein vernichtendes Urteil über die „Kreditverweigerer“ gesprochen. Das heißt mit anderen Worten: Wenn einer von uns sozialpatriotischen Mehrheitsleuten kandidiert hätte, wäre er sicher Sieger geblieben. Diese Verächter einer den Tagesströmungen Rechnung tragenden „Realpolitik“ haben das A. B. C. sozialdemokratischer Grundsätze vollständig über Bord geworfen. Sie wissen nicht mehr, daß der Wahlkampf nur ein Teil des großen proletarischen Befreiungskampfes sein kann, daß die Aufgabe des Sozialismus nicht allein aus der Froschperspektive kleinlicher Mandatsinteressen betrachtet werden dürfen. Wie tief das sozialdemokratische Ehrgefühl bei den Leuten des Müller-Vorwärts schon gesunken ist, das beweist sein Verhalten in der Kandidatenfrage für die Ersatzwahl in Köln, wo für den verstorbenen Genossen Hofrichter der eingeschworene Mehrheitsjünger Merfeld aufgestellt worden ist. Hier hat das Zentrum seine Zustimmung zu dieser Kandidatur gegeben, weil dieser Sozialdemokrat ausdrücklich alle Forderungen des Zentrums, als da sind Kreditbewilligung, patriotisches Verhalten und dergleichen

mehr bereitwillig zu erfüllen versprochen hat. Und der Müller-Vorwärts gibt zu diesem Verzicht auf jede selbständige sozialdemokratische Kriegs- und Friedenspolitik seinen väterlichen Segen.

Wer die Wahl in O s c h a t z - G r i m m a nur vom Standpunkt reiner Mandatspolitik betrachtet, kann natürlich zu keinem anderen Urteil kommen als der Vorstands-„Vorwärts“. Wenn man dagegen die Umstände in Betracht zieht, unter denen diese Kriegswahl vor sich ging, der wird trotz der zahlenmäßigen Niederlage ein erfreuliches S i c h b e h a u p t e n der alten sozialdemokratischen Grundsätze erkennen. Und da Stampfer das Sichbehaupten draußen an der Front als Sieg bezeichnet hat, muß er diese Anerkennung auch für unsere innere Kampffront gelten lassen. Trotz der Schwierigkeiten der Wahlagitation unter Belagerungszustand und Zensur, trotz der großen Lücken in den Volkstreifen, die als sozialdemokratische Wähler in Betracht kommen, durch Einberufungen usw. ist die Zahl der für Lipinski abgegebenen Stimmen erfreulich hoch. Der Wahlkampf in O s c h a t z - G r i m m a ist ein moralischer Sieg, der durch keine Kriegskonjunktur irre gemachten Sozialdemokratie, ein moralischer Sieg, der zu den schönsten Hoffnungen berechtigt, für die Zeit, in der es keine Kriegspyhchoche, keinen Belagerungszustand mehr geben wird, in der auch mit den „Realpolitikern“ des Vorstands-„Vorwärts“ gründlich abgerechnet werden kann.

Bethmanns Kostgänger.

Am 29. November konnte der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg seinen 60. Geburtstag begehen. Im Vorstands-„Vorwärts“ wird er bei dieser Gelegenheit als der Kanzler der „Neuorientierung“ gefeiert. Kein Wunder, denn auf dem ach so unsicheren und sandigen Grunde dieses Kanzlerwortes erhebt sich das Lustschloß unserer Staatsmänner und Realpolitiker von der Mehrheitsseite. Ihre Kriegspolitik hat sie mehr und mehr in Abhängigkeit von der Regierung Bethmanns gebracht, eine Abhängigkeit, die bei manchem, trotz mancher starken Worte über Nebensächliches, in Würdelosigkeit angeartet ist. Man mag der Persönlichkeit Bethmanns in dieser verantwortungschweren Völkerkrise noch so viel menschliches Verständnis entgegenbringen, als Staatsmann ist er für jeden ehrlichen Sozialdemokraten der Vertreter des kapitalistischen Militärstaates, der den großen Forderungen der Demokratie und des Sozialismus feindlich gegenübersteht und stehen muß. Daran ändern auch die kleinen Konzessionen, die dem Kriegszwang und dem Kriegszweck ihr Dasein verdanken, nicht das mindeste. Am wenigstens aber das bloße Versprechen einer „Neuorientierung“, das auf tausend Widerstände stößt, die stärker sind als Bethmann-Hollweg, über dessen Amtsdauer ein der Volksvertretung unverantwortlicher Monarch zu entscheiden hat. Aber das ist eben der Fluch der Kriegspolitik der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes, daß sie zu Basallen der Regierung geworden sind, ja, daß sie sogar, wie das Beispiel des „Vorwärts“-Raubes zeigt, mit dem Kalb des Belagerungszustandes und der Zensur pflügen müssen, um ihre realpolitische Herrlichkeit noch einige Zeit aufrechtzuerhalten. Wie weit das

trauliche Verhältnis der Mehrheitssozialdemokraten zu Bethmann geht, zeigt die nachstehende Meldung, die anlässlich des Kanzlergeburtstages durch die bürgerliche Presse ging, die aber der Vorstand des „Vorwärts“, der, wie er sich selbst bestätigt, einzig und allein, voll und ganz und unentwegt die Arbeiterinteressen wahrnimmt, seinen Lesern vorenthalten hat. Die Meldung lautet:

Beim Reichskanzler fand gestern (Dienstag, den 28. November) abend, neun Uhr, ein parlamentarisches Essen statt, zu dem das Präsidium des Reichstages, die Parteiführer und die Mitglieder des Haushaltsausschusses geladen und — einschließlich der Sozialdemokraten — erschienen waren. Unter den etwa fünfzig Herren, die an der Veranstaltung teilnahmen, befanden sich auch die Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre, der Kriegsminister, der Präsident des Kriegsernährungsamts und der Leiter des neuen Kriegsamts

Ob bei diesem Essen Herr Scheidemann vom Reichskanzler zwischen Fisch und Braten die von diesem genialen Sozialdiplomaten so heiß ersehnte Aufklärung über des Kanzlers Kriegs- und Friedensziele erhalten hat, können wir leider nicht verraten.

Das arbeitende Volk aber mag sich angesichts dieses Verhaltens seiner Führer mit Hamlets Worten trösten: „Ich esse Luft, ich werde mit Versprechungen gestopft: Kapannen kann man so nicht mästen!“

Das Arbeitsgesetz und der Parteiausschuss.

In der Sitzung des Zentralvorstandes vom 24. November referierte Genosse Stadthagen über die Sitzung des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuss sei plötzlich zum 23. November 2 Uhr zwecks Beratung über den Gesetzentwurf betreffend „vaterländischen Hilfsdienst“ einberufen. Die Sitzung habe um 4 Uhr begonnen und sei in Gemeinschaft mit einer Beratung der „sozialdemokratischen Fraktion“ erfolgt. Die Arbeitsgemeinschaft habe keine Einladung erhalten.

Genosse Ebert habe die Sitzung mit einer Darlegung des Inhalts des inzwischen ja bekannt gewordenen Gesetzentwurfes eingeleitet. Er sei gegen eine Durchpeitschung des Gesetzentwurfes im Reichstag. Auch müßten im Wege der ordentlichen Gesetzgebung Sicherheiten und Garantien zugunsten der Arbeiter gegeben werden. Die Regierung habe mit der Generalkommission vor Einbringung der Vorlage verhandelt. Ueber die Verhandlungen berichtete dann Genosse Bauer. Am Tage des Schlußes des Reichstags, am 4. November, seien sie zu einer Besprechung im Reichsamt des Innern zum 8. November eingeladen, dort sei ihnen der Plan des Gesetzes dargelegt. Es hätten dann noch am 17. und 18. November eingehende Besprechungen mit der Regierung stattgefunden. Sie seien in Gemeinschaft mit den Christlichen und Hirsch-Duncker'schen erfolgt. Gemeinschaftlich hätten die Vertreter der Gewerkschaften dann ihre Forderungen zum Schutz der Arbeiter eingereicht. Diese seien im Prinzip von General v. Gröner gebilligt, hätten aber zu ihrer Verwunderung keine Aufnahme im Gesetzentwurf gefunden. Auch sei ihnen zugestanden, daß der Vorsitzende der Metallarbeiter, Genosse Schläge, ins Kriegsamt berufen würde. Die Garantien seien im wesentlichen enthalten in dem am 24. November im Haushaltsausschuss eingebrachten Anträgen Bauer, Becker, Behrens, Giesberts, Regien. Sie verlangen im wesentlichen: **Befreiung**

der Gewerkschaftsangeestellten vom Gesetz durch Gleichstellung der gewerkschaftlichen Organisationen mit vaterländischem Hilfsdienst, Einführung eines Beirats für das Kriegsamt, Arbeiterausschüssen, gewählt von allen Arbeitern und Arbeiterinnen über 18 Jahre zur Verhandlung über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie über Beschwerden. Wird ein Einvernehmen nicht erzielt, so solle ein Einigungsamt entscheiden, das aus je 3 Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen solle. Ein Schiedsgericht sähen die Vorschläge ferner vor und zur Entscheidung über arbeitstechnische und allgemein wirtschaftliche Fragen einen Ausschuss aus einem Offizier als Vorsitzenden, 2 Staatsbeamten und je 2 Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Das Vereins- und Versammlungrecht der Arbeiter dürfe nicht beschränkt werden. Die außerhalb der Heimat Beschäftigten sollten eine Familienzulage erhalten, arbeitslos werdende Arbeitslosenunterstützung. Befreiung von der Reichsversicherungsordnung solle unzulässig sein.

In der Diskussion in der gemeinsamen Sitzung von Parteiausschuss und Fraktion haben sich eine Reihe Redner gegen das Gesetz ausgesprochen; andere, so Bauer, Schöpflin und Brey, sprachen für dasselbe falls die Anträge der Gewerkschaften Annahme fänden.

Stadthagen sei der Ansicht, die „Garantien“ reichen keineswegs aus. Das Gesetz sei das schlimmste, das je gegen die Arbeiter vorgelegt sei. Ihnen würden alle Rechte, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht, das Koalitionsrecht, die Freizügigkeit genommen. Es wirke lohnträgend gegen die Arbeiter, profitvermehrend für die Kriegsindustrie und dem Großgrundbesitz. Das Gesetz bedrohe auch mit der Anwendung der Kriegsgesetze gegen sie. Die Wirkung des Gesetzes würde auch eine politische Entrechtung der Arbeiter sein und die Möglichkeit schaffen, gegen politische Mißliebige ebenjohsen Mißbrauch zu treiben, wie mit der Schutzhaft. Würden auch wirkliche Garantien auf dem Papier gegeben — die Anträge der Gewerkschaften seien völlig wirkungslos — und würde auch ohne Maximalarbeitszeit von 8 Stunden eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und anderes zum Schutze der Arbeiter vorgeschrieben, so käme doch alles auf die Ausführung an. Die Gewerkschaftsanträge beseitigen keineswegs die Wirkung, daß durch das Gesetz für Großgrundbesitz der Krieg zu einem besonders profitablen Geschäft gemacht würde. Der vorgeschlagene Froidienst treffe in der Hauptsache die Arbeiter. Die Wirkung des Gesetzes würde eine Verlängerung statt einer endlichen Beendigung des Krieges im Gegensatz zu der Ansicht seiner Befürworter herbeiführen. Deshalb sei er grundsätzlich für Ablehnung der Vorlage. In diesem Sinne habe sich Fleißner im Ausschuss für die Opposition im Parteiausschuss ausgesprochen. Betont sei dort auch: der Arbeiter sehe stets in wirtschaftlichem Zwang. Wollte man mehr Arbeitsleistungen, so könne man diese durch bessere Ernährung, Einführung der Achtstundenzzeit als Maximalzeit und günstige Lohnbedingungen leicht schaffen.

Die Erfahrungen in Textil- und Schuhindustrie zeigen, daß man die Not der Arbeiter schon jetzt zu Lohndruck schlimmter Art anwende. Das Gesetz erhöhe diesen Druck und übe ihn auch auf die jetzt beschäftigten Arbeiter aus. Das Gesetz sei grundsätzlich zu bekämpfen. Eine Abstimmung habe im Parteiausschuss nicht stattgefunden. Genosse Ebert habe im Schlusswort seine Auffassung über die Stimmung der Versammlung ausgedrückt: Das Gesetz sei so, wie es vorliege, unannehmbar. Zur Wahrung der wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Arbeiter seien gesetzlich festzulegende Garantien erforderlich; die endgültige Stellung werde von der Gestaltung des Gesetzes abhängen. In nächster Zeit solle der Parteiausschuss zu einer Sitzung mit der Tagesordnung „Die Situation in der Partei“ einberufen werden.

In der Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus. Stadthagen erwähnte noch, die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft habe noch nicht Stellung nehmen können, da sie erst am 25. zur Fraktionsstiftung zusammenkommen könne. Er zweifle nicht daran, daß sie einmütig das Gesetz verwerfen und durch Anträge versuchen werden, wenigstens die schlimmsten Wirkungen des Gesetzes zu beseitigen.

In diesem Sinne hat die Fraktion auch in ihrer Sitzung am 25. November beschlossen.

Die Politik des Als ob.

Genosse Eduard Bernstein macht in der Sozialdemokratischen Auslandskorrespondenz folgende beachtenswerte Ausführungen:

Wie sich die Politik der offiziellen Leitung der deutschen Sozialdemokratie herausgestaltet hat, das kann man mit Fug als die Politik des opportunistischen Als ob bezeichnen. Diese Politik arbeitet immer mehr mit Fiktionen einer gewissen Begrenzung des Erkennens, zu denen man seine Zucht nimmt, weil man nicht sehen will, was ist, weil man es für zweckmäßiger findet, den Dingen nicht auf den Grund zu gehen oder sogar sie bewußt in einem anderen Lichte darzustellen als der Wirklichkeit entspricht.

Mit krasser, ja man kann sagen, mit grauenhafter Deutlichkeit zeigt sich das an den Tänzchen, die im gegenwärtigen Augenblick Philipp Scheidemann um Herrn v. Bethmann Hollweg herum vollzieht. Ich will ihm die ehrlichen Absichten nicht bestreiten, es ist immer richtiger, der Kritik einer Politik die günstigsten Annahmen für die Absichten ihrer Befechter zugrunde zu legen, als ohne weiteres auch die Absichten in Frage zu stellen. Also mag Scheidemann die besten Absichten haben, wenn er bald vor, bald hinter dem deutschen Reichskanzler einher tänzelnd, so tut, als ob dieser in bezug auf die Kriegsziele ihm und der Sozialdemokratie näher stehe als den eigenen Partei- und Klassengenossen, so bleibt dieses Spiel darum doch ein ebenso verwerfliches wie es seinen Zweck notwendig verfehlen muß.

Man vergegenwärtige sich die Vorgänge. In Breslau hält Scheidemann im Frühjahr eine Rede, worin er als quasi in die Absichten des Kanzlers Eingeweihter verkündet, dieser sei ein Gegner von Annerionen. Sofort ruft ihm der Kanzler durch den Mund der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu: „Grundsätzlich. Der Kanzler hat sich im vertrauten Kreise gegen maßlose Annerionspläne ausgesprochen, aber das bedeutet noch lange nicht das, was Herr Scheidemann unterstellt.“ Das war, sollte man meinen, eine sehr deutliche Abweisung. Statt sie sich aber zur Lehre dienen zu lassen, führt Scheidemann den umgekehrten Faust auf. Auf das „Du gleichst dem Geiste, den du begreifst, nicht mir,“ lautet seine Antwort: „Erhabener Geist, wie nah fühl ich mich dir.“ Oder, etwas derber ausgedrückt: „Du willst mich bloß unter den Linden nicht kennen, kleiner Schäfer, im Kämmerlein verstehen wir uns schon.“ Er tritt am 11. Oktober im Reichstag die zurückgewiesene Behauptung in einer neuen Formel auf, und weil er es in einer Rede tut, die dem Kanzler sonst sehr angenehm ist, schweigt dieser. Darob großer Jubel: der Kanzler hat geschwiegen, also hat er zugestimmt. Ehedem nann-

ten wir in der Sozialdemokratie diese Folgerungsweise Bedientenlogik und forderten klare unzweideutige Erklärung. Jetzt ist man mit Schweigen zufrieden, das um so vieldeutiger ist, als es auch auf Erklärungen von Konservativen bezogen werden konnte, die genau das Gegenteil der Scheidemannschen Formel besagten. Also Indianertanz. Indes, es kommt der 9. November heran. Von einem Abgeordneten gestellt, erklärt der Kanzler im Hauptausschuß des Reichstags, er müsse sich ausdrücklich dagegen verwahren, daß sein Schweigen zu den Ausführungen Scheidemanns als Zustimmung gedeutet werde. Er halte alles ausrecht, was er seinerzeit über die Notwendigkeit realer Garantien im Osten und Westen gesagt.

Nun sollte man meinen, daß jetzt endlich das Spiel aufhörte. Aber nein, die Politik des Als ob läßt von ihrer Fiktion nicht ab. „Ich lasse mir das Recht nicht nehmen,“ erklärt Scheidemann im „Vorwärts“ vom 19. November, „Folgerungen zu ziehen, die nach meiner Ueberzeugung gezogen werden müssen, wenn man die Ausführungen des Kanzlers loyal auslegen will.“ Ausführungen loyal auszulegen ist kein beliebiges Recht, sondern eine Pflicht, aber eine Pflicht im vorliegenden Falle nicht nur gegenüber dem, der die Ausführungen gemacht, sondern mehr noch gegenüber der Öffentlichkeit. Diese, und insbesondere die Partei, zu deren führenden Mitgliedern Scheidemann gehört, hat ein Recht, von ihm zu verlangen, daß, wenn er sich über den Sinn von Erklärungen des Kanzlers äußert, er nicht über Säbe hinwegvollzieht, die mit dem in direktem Widerspruch stehen, was er ihn sagen lassen möchte.

Tatsächlich hat der Kanzler es vermieden, hinsichtlich Belgiens so bestimmte Erklärungen abzugeben, daß man aus ihnen mit absoluter Sicherheit folgern kann, welches seine positiven Absichten und Forderungen in bezug auf Belgien sind. Das begreift man aus seiner Stellung; wenngleich gerade wir als Sozialdemokraten uns nicht dabei beruhigen dürfen. Der Kanzler will sich bzw. der Regierung freie Hand vorbehalten, erstens mit Rücksicht auf die Entwicklung der Kriegslage und zweitens mit Rücksicht auf die Druckkraft der maßgebenden Elemente im eigenen Land. Welches die Absichten derjenigen Parteien sind, welche die Forderungen der Oberen im Deutschen Reiche widerspiegeln, hat sich in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags vom 9. November mit vollster Deutlichkeit gezeigt, und der Kanzler hat sich nur dagegen verwahrt, daß man aus seinem Schweigen seine absolute Zustimmung zu den betreffenden Ausführungen des Grafen Westarp usw. folgere. Mit viel größerem Recht als Scheidemann könnte daher der Graf Westarp auf den Kanzler sich für seine Ziele hinsichtlich Belgiens berufen. Aber dazu ist der Führer der Konservativen, das muß ihm auch der Gegner zugestehen, zu stolz. Er stellt seine Forderung auf und vertritt sie mit Kraft, gleichviel wie der Kanzler verstanden sein möchte. Er spielt nicht den Herold des Kanzlers, wo er weiß, daß er auf diesen nicht mit Sicherheit rechnen kann. Er täuscht seine Wannen nicht, sondern macht sie scharf zur Befechtung derjenigen Politik, die ihren Grundsätzen entspricht.

Wie kläglich steht dagegen die Politik des *Als ob*, deren Posaunenbläser Scheidemann ist. Mit der Fiktion vom Kanzler, der „nichts von Belgien will“, hat sie sich zum Gefangenen des Kanzlers gemacht, statt die ganze Kraft der Sozialdemokratie für die demokratische Politik mit Bezug auf Belgien einzusetzen, die allein ihrer würdig ist und dem moralischen wie dem materiellen Interesse des deutschen Volkes einzig und allein entspricht. Wo die Partei, soweit sie durch die alte Fraktion vertreten ist, heute ernsthaft kämpfen müßte, treibt sie Spiegelschere. Wohl hat Scheidemann vor einigen Wochen im „Vorwärts“ Worte vernehmen lassen, die wie Drohung mit bitterer Gegnerschaft ausfahlen, falls der Kanzler nicht so handele, wie er solle, und Fernerstehende haben das einen Augenblick für bare Münze genommen. Aber sie sind schnell eines anderen belehrt worden. Da die Drohung nur auszuführen war, wenn man die Fiktionen fallen ließ, auf die die bisherige Politik der Fraktion sich gründete, man aber nicht den Mut hat, mit jenen Fiktionen zu brechen, bleibt es bei der jammervollen Politik des „*Als ob*“.

Und zu welcher kläglichen Rolle die Sozialdemokratie sich bei ihr verurteilt sieht, verrät unter anderem eine Notiz in der Nummer des „Vorwärts“ vom 20. November. Sie ist gegen die Pariser „Humanität“ gerichtet, welche die Absichten Deutschlands in bezug auf Belgien gemäß den Erklärungen der Mehrheitsparteien des Reichstags besprach, und gipfelt in dem Satz:

„Die „Humanität“ weiß genau, daß ihre ganze Position mit einem Schlage zusammenbräche, wenn sie sich nicht mehr auf Gröber als authentischen Ausleger der Kanzlererklärung berufen könnte, sondern zugeben müßte, daß Scheidemanns Auslegung die richtige ist.“

Ist eine haltlosere Sprache möglich? Der „Vorwärts“ wagt nicht zu sagen, daß der Zentrumsmann Gröber, der sagte, daß Deutschland Belgien militärisch, wirtschaftlich und politisch in der Hand behalten, d. h. zu seinem Hörigen machen müsse, die Kanzlererklärung nicht authentischer auslegt als Scheidemann, er sieht sich nicht einmal in der Lage zu behaupten, daß die „Humanität“ zugeben muß, Scheidemanns Auslegung sei die richtige und behält nur zuletzt die Form der positiven Aussage für seine Fiktion bei. Der Satz ist so aus lauter Widersprüchen zusammengesetzt, das rechte Produkt der inneren Widersprüche der ganzen Politik der gegenwärtigen Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie.

Auf welchem Punkt man diese Politik unersucht, überall wird man auf das Abweichen oder Abrutschen von den alten Grundsätzen und den besten Ueberlieferungen der Sozialdemokratie stoßen. In keiner Frage vielleicht schmächtlicher als in der Frage Belgien. Selbst die dänische Sozialdemokratie nicht ausgenommen, die unserer Partei doch so vieles nachsieht, gibt es keine einzige Sektion der sozialistischen Internationale, in der man nicht über das Verhalten unserer Partei in dieser Frage entsetzt oder entrüstet wäre. Der Geschwähigkeit, wo man Ursache hätte zu schweigen, entspricht das Schweigen, wo es die Pflicht wäre, laut zu reden.

Je mehr die Politik des opportunistischen *Als ob* regiert, um so mehr verliert die Partei ihre alte, kühne und edle Sprache. Im Reiche der politischen Fiktionen gibt es kein politisches Gewissen.

Aus der Geschichte der Berliner Opposition.

Die tiefgehenden Auseinandersetzungen in der Gesamtpartei und die Berliner Parteiverhältnisse im besonderen, rufen Erinnerungen der Vorgänge wach, die jetzt für weitere Parteikreise von Interesse sind. Eine gewisse Lehnlichkeit mit den heutigen Differenzen, wenn auch nicht so tiefgehender Natur, haben die Vorgänge in der Berliner Parteibewegung von vor 25 und 26 Jahren. Das Sozialistengesetz war im Jahre 1890 gefallen. Die Partei konnte sich öffentlich wieder betätigen. Weite Parteikreise wendeten sich mit positiver Entschiedenheit gegen eine Politik, die ihrer Meinung nach eine Sportunitätspolitik sei, und verlangten eine entschiedene, von sozialistischen Grundsätzen getragene proletarische Politik der Reichstagsfraktion. In Berlin kamen diese Meinungen in verschiedenen Versammlungen zum Ausdruck. Schließlich fanden sich eine Anzahl in der Berliner Bewegung tätigen Genossen zusammen und veröffentlichen ein Flugblatt, in dem sie ihre Ansichten niederlegten. Das Flugblatt lautet:

An die sozialdemokratischen Parteigenossen Berlins.

Motto: *Erinnere dich, mein Sohn,
daß man begeistert sein muß
um große Dinge zu vollbringen.*
St. Simon.

Eine Anzahl Genossen aus allen Berliner Reichstagswahlkreisen, welche unter dem Sozialistengesetz keine Gefahren und Opfer scheuten, um die Ideen der Sozialdemokratie unter der Arbeiterbevölkerung zu verbreiten, und denen neben der siegreichen Macht dieser Ideen selbst, die heutige Stärke der Partei wesentlich zu verdanken ist, kann es nicht länger mit ansehen, wie der revolutionäre Geist dieser Bewegung seitens einzelner Führer systematisch erlöset wird.

Es wäre Verrat an der uns heiligsten Sache, wenn wir noch länger müßig zusehen wollten, wie die Diktatur jedes demokratische Denken und Fühlen erstickt — wie die ganze Bewegung immer mehr verflacht und schon jetzt zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken ist — wie die Revolution von der Tribüne des Reichstages herab feierlichst abgeschworen wird, und täglich alles geschieht, um einen Ausgleich zwischen Proletariern und Bourgeois herbeizuführen. Wenn Laskale und Piebknecht damals Recht hatten, als sie von der Fortschrittspartei behaupteten, daß sie sich während der preussischen Konfliktzeit totgeredet habe, dann trifft dies auch heute wieder auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu.

Wir wenden uns mit diesem Flugblatt hauptsächlich an die überzeugten und zielbewußten Genossen, und erst in zweiter Linie an diejenigen, welche es nur dem Namen nach sind. Und da möchten wir die ersteren hier gleich zu Anfang fragen:

„Wer von Euch fühlt heute noch die glühende Begeisterung in sich angesichts der sogenannten Arbeiterklub- und Versicherungsanträge, welche uns vordem alle Hindernisse überwinden half und uns trotz unserer geringen Anzahl der Regierung und übrigen geseksmachenden Gesellschaft oft so fürchtbar erscheinen ließ?“

„Aber“ — hören wir manche sagen — „im Interesse der Partei muß jeder Genosse der Majorität sich unterordnen, auch wenn diese Majoritätsbeschlüsse der eigenen Ansicht schürkrads entgegenstehen!“

Diese Ansicht ist grundfalsch und muß schließlich zur politischen Korruption führen.

Die Majorität einer politischen Partei ist sehr oft eine rein zufällige und setzt sich, auch bei der Sozial-

demokratie, namentlich seit den letzten Wahlen, aus den verschiedensten Interessengruppen zusammen. Majoritätsbeschlüsse kommen daher fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zustande, und haben sehr oft mit den Prinzipien der eigenen Partei nicht nur sehr wenig gemein, sondern sie laufen diesen Prinzipien öfter schurstracks zuwider, und ebnen so den Boden einer Schwenkung nach rechts, die leider von den meisten erst dann bemerkt wird, wenn sie vor der vollendeten Tatsache stehen.

Der Sache selbst schadet man aber nicht, wenn man die Parteileitung und die nach unserer Ansicht falsche und verkehrte Taktik der Partei bekämpft.

Die Disziplin wird bedingt durch die Organisation; über beiden aber muß für jeden Parteigenossen in erster Linie das Prinzip, die Idee des revolutionären Sozialismus stehen. In den meisten Fällen hat nun der Sozialismus und auch die Demokratie fast nichts gemein mit dem, was unsere Vertreter im Reichstage den herrschenden Klassen abdisputieren wollen, wie wir weiter unten beweisen werden.

Die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland ist von Anfang an eine durch und durch revolutionäre und proletarische gewesen, der gegenüber alle übrigen Gesellschaftsklassen als die „Eine reaktionäre Masse“ noch bis vor ganz kurzer Zeit von jedem Parteigenossen bezeichnet wurden.

Deshalb ist jeder Versuch, diese von Natur rein proletarische Bewegung, mit Rücksicht auf das mittlere und Kleinbürgertum, weniger revolutionär erscheinen zu lassen, ein Verrat an der Sache des Proletariats.

Dieser Vorwurf kann durch keinerlei Gründe wie „Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen“ beseitigt werden, weil wir ganz genau wissen, daß in oben genannten Gesellschaftskreisen nicht die Ideen des demokratischen Sozialismus es sind — wenn sie überhaupt gepredigt werden —, welche den Bauer und Kleinhandwerker usw. bestimmen, bei der Wahl einem Sozialdemokraten seine Stimme zu geben, sondern es entspricht einfach dem Interessenstandpunkt jener Leute, die sich bedrückt und getnechtet fühlen, und daher glauben, daß die Sozialdemokraten doch eigentlich weniger Rücksicht auf Regierung und Geldprozentum zu nehmen brauchen und der Sozialismus vorläufig noch in weite Ferne gerückt sei.

Den Industriearbeitern und wirklichen Sozialdemokraten kann es demnach ziemlich gleichgültig sein, ob bei der Reichstagswahl in Westpreußen 500 oder 1000 Stimmen für uns abgegeben werden; einmal, weil es falsch ist, die vorgeschrittene Arbeiterschaft auf die Befehre der zurückgebliebenen Ländliche zu vertriben, und zum andern, weil es ein Betrug wäre, wenn man die Genossen glauben zu machen versucht, daß innerhalb der heutigen Gesellschaft mit Hilfe des Parlamentarismus, durch Majoritätsbeschlüsse die Sozialisierung der verschiedensten Klassen herbeizuführen sei.

Die soziale Revolution wird dort entschieden, wo sie zuerst begonnen hat; in den Industriezentren, wo die Proletarisierung schon seit 40 Jahren mit Riesenschritten vorwärts schreitet, unbekümmert um die Zustimmung der für alle Zukunft indifferenten Landbevölkerung.

Ein ebensolcher Unjinn ist es auch, das Volk glauben zu machen, daß den Königen ihr Handwerk schließlich zu schwer werden könnte und dieselben eines Tages erklären würden, daß auch sie auf ihre Vorrechte freiwillig verzichteten. Wo das bisher wirklich geschah, da geschah es zugunsten des Kronprinzen oder auch eines anderen Bevorrechteten, um dem Volk Sand in die Augen zu streuen und Hoffnungen zu erwecken, die sich niemals erfüllen.

Ebenso verhält es sich mit dem „Eincinwachen“ der heutigen Gesellschaft in den sozialistischen Staat, der ohne jede Betriebsföhrung alsdann über Nacht nur proklamiert zu werden braucht und in England eigentlich schon heute proklamiert werden könnte. Diejenigen, welche solchen Blödsinn in die Menge schleudern, hätten wirklich kein Recht, von politischen Klüds-

lösungen zu sprechen und zu schreiben. Sie selbst sind weit schlimmeres als das.

Wir sind daher der Ansicht, daß es an sich schon taktisch falsch ist, wenn eine Zentralstelle die Haltung der Genossen an den verschiedenen Orten in allen Dingen zu bestimmen hat. Es ist ganz undenkbar, daß die Genossen in Berlin und anderen Industriestädten, denen der Sozialismus schon seit 30 Jahren gepredigt wird, nur der Parteidisziplin wegen, in allen taktischen Fragen Rücksicht auf das zurückgebliebene Dorf und den an seine Scholle gefesselten Bauer zu nehmen gezwungen sind. Hier, wo der Kampf ums Dasein auf dem Schlachtfelde der Industrie täglich Hunderte von Menschenleben fordert, die durch Arbeitslosigkeit, Ueberanstrengung, Not und Elend und alle damit verbundenen Begleiterscheinungen langsam dahinsiechen und vor der Zeit zugrunde gehen — hier rechnet man nicht, — sondern man fühlt instinktiv, daß etwas anderes als bisher geschehen muß, wenn nicht Verzweiflung in den Reihen der bewährtesten Kämpfer Platz greifen soll.

Wir können auch nicht verstehen, daß alljährlich nationale und internationale Kongresse mit schweren Opfern zustande kommen, nur um die dort gefaßten Beschlüsse bei der ersten Gelegenheit unter irgendeinem Vorwand wieder umzustößen, wie dies mit der Maifeier schon zweimal geschah und mit dem Verhalten bei Stichwahlen usw. schon öfter.

Als die Partei noch jung war und nur aus Proletariern bestand, da wäre eine Taktik wie die heutige ganz unmöglich gewesen.

Die einfache Tatsache, daß diese Taktik dennoch möglich ist, beweist schon allein, daß die Partei aus Elementen sich zusammensetzt und geleitet wird, die zum Teil ganz andere Ziele verfolgen, keinesfalls aber identisch sind mit jenen, die Gut und Blut ihrer Ueberzeugung zu opfern stets bereit waren und noch sind.

Was nun die Zweckmäßigkeit des Parlamentarismus betrifft, der heute das Mädchen für alles ist, so deutet sich auch heute noch unsere Ansicht darüber mit der des Genossen Liebknecht, welche derselbe in seiner Broschüre: „Die politische Stellung der Sozialdemokratie“ festgelegt hat und die wir hier wörtlich folgen lassen.

In bezug auf den Reichstag schrieb Liebknecht damals, es war im Jahre 1869, unter anderem folgendes:

„Einen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung kann unser Reden nicht ausüben. Den Reichstag können wir durch Reden nicht befehlen. Durch unser Reden können wir keine Wahrheiten unter die Massen werfen, die wir anderweitig nicht viel besser bereiten könnten. Welchen praktischen Zweck hat also unser Reden im Reichstag? Keinen. Und zwecklos reden ist Toren Vergnügen.

Nicht Ein Vorteil! Und nun auf der andern Seite die Nachteile: Das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahn verführt, der Bismarckische Reichstag sei zur Lösung der sozialen Frage berufen. — Und wir sollen aus praktischen Gründen parlamentieren? Nur der Verrat und die Kurzsichtigkeit kann es uns zumuten.“

Und an einer andern Stelle schreibt Liebknecht: „Der Sozialismus ist keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder anderen Machfrage.“

Damit vergleiche man nun die jämmerlichen Gesetzeswürfe und die kläglichen Reichstagsreden, welche die Fraktion und Liebknecht mit, inzwischen verbroschen hat.

Auf was ist nun diese, für jeden sichtbare Schwenkung zurückzuführen?

Die Führer sagen, daß sie bei ihrem Vorgehen Rücksicht auf das Kleinbürgertum usw. zu nehmen gezwungen seien, um die Partei zu einer volkstüm-

lichen zu machen und die breite Masse hinter sich zu haben. Wir aber sind der Ansicht, daß man mit dieser breiten Masse nur sich selbst und andere täuscht. Die Masse wird im gegebenen Augenblick ebenso rasch abfallen, wie sie gekommen ist, weil ihr nicht mehr wie alles fehlt, was eine sozialdemokratische Gesellschaft befehlen muß. Die Masse kann schließlich jeder haben, der es versteht, sich überall den Verhältnissen anzupassen, wie die antisemitische Agitation dies auf das Deutlichste beweist.

Deshalb ist auch die neue Taktik in dieser Hinsicht nichts weiter, als ein Kompromiß mit der Masse, auf Kosten des Prinzips.

Wir alle glauben, daß nach dem Aufhören des Sozialistengesetzes und dem Einzug von 35 Sozialdemokraten in den Reichstag die Agitation prinzipieller betrieben und die Gesetzeswürfe und Anträge unsererseits weiter als bisher gehen müßten, und das gerade Gegenteil trat ein.

Nach dem Entwurf unserer Fraktion soll der 8 stündige Arbeitstag erst mit dem Jahre 1898 Gesetzeskraft erlangen, trotzdem auf dem internationalen Kongress in Paris 1889 beschlossen wurde, daß der 8 stündige Arbeitstag schon jetzt überall von der Gesetzgebung zu fordern sei. Wie verträgt es sich aber außerdem mit der Demokratie, daß der Reichstag im Jahre 1890 etwas beschließen und zum Gesetz erheben soll, was erst im Jahre 1898 Gesetzeskraft erlangt? Zu unserem Programm fordern wir alljährlich Neuwahlen und halten es für unstatthaft, daß die jeweiligen Vertreter des Volkes irgend etwas festlegen, was erst zu einer Zeit zu Recht bestehen soll, wo unter Umständen bessere oder auch schlechtere, jedenfalls aber andere die Vertretung ausüben. Wie verträgt es sich ferner mit der Demokratie, wenn im Reichstage seitens unserer Fraktion bei Beratung der Gewerbeordnung der Antrag gestellt wird, daß das Einbeziehen verschiedener Gewerbe unter dieses Gesetz durch Kabinettsordre, also den Kaiser persönlich, geschehen soll, und nicht durch den Reichstag oder der Zustimmung desselben?

Feind des Militarismus in jeder Form, versiegte sich dennoch Bebel im vorigen Jahre so weit, daß er der Regierung seine Unterstützung versprach, wenn sie in Umbetracht des rauchlosen Pulvers, anstatt der bisherigen blanken Uniform ganz schwarze Uniformen anschaffen wollte, was er später damit rechtfertigte, daß ja auch diese verminderte Treffsicherheit des Feindes den bei der Armee sich befindenden Genossen zugute käme. Wer so argumentiert, kann schließlich alles rechtfertigen. Auch die Junker behaupten, daß die hohen Getreidepreise dem landwirtschaftlichen Arbeiter an seinem Lohne und somit dem Volke zugute kämen. Wenn die Regierung etliche hundert Millionen zum Kasernen- und Festungsbau verlangt, dann behauptet auch sie, daß dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen würde und der weitaus größte Teil dieser verlangten Summen doch wieder in die Taschen der Arbeiter zurückfließe. Dasselbe behauptet der Künstler, wenn es sich um öffentliche Arbeiten handelt, gleichviel welchem Zweck sie dienen.

Das höchste in dieser Beziehung leistete in den letzten Tagen der ehemals als radikal bekannte Abgeordnete v. Volkmar. Wenn die Regierung nun immer noch kein Einsehen hat und dem, mit Unrechtig staatsmännischem Talent ausgestatteten Genossen den Marschallstab nicht verleiht, dann hat er sich sicher das erste Anrecht auf das zunächst frei werdende Ministerpostenfleisch durch seine Münchener Rede vom Montag, den 1. Juni erworben. Nicht bloß die National-liberalen und Freisinnigen, auch wir haben jetzt unsern Staatsmann. Und da tut man noch empört, wenn wir von Korruption sprechen? Das Wort ist viel zu gut, denn die Handlungen Einzelner grenzen nahezu an Verrat.

So hat sich auch die Agitation gegen die Getreidezölle durch nichts von dem, wie die Freisinnigen die Aufhebung begründen, unterschieden.

Mit keiner Silbe wurde der einzig richtige Standpunkt, den schon Karl Marx 1849 in seiner Brüsseler Rede vertrat, von unseren Abgeordneten erwähnt.

Die Agitation zum Reichstag und allem, was damit zusammenhängt, welche bisher stets als Mittel zum Zweck betrachtet wurde, ist jetzt Selbstzweck geworden, und dies alles bloß, um das Einseitigkeit eines fogenannten Arbeiterschutzgesetzes, das viel eher ein Schutzgesetz der Unternehmer genannt zu werden verdient und durch den neu hinzugekommenen Kontraktbruchparagrafen all die fogenannten Vorteile, welche dem Arbeiter scheinbar aus dem übrigen Gesetz erwachsen, zehnfach wieder aufhebt.

Der praktische Erfolg steht also durchaus in gar keinem Verhältnis zu den Opfern, welche die Partei deshalb zu bringen verpflichtet ist. Nicht Unehrlichkeit werfen wir aber deshalb den Führern vor, sondern allzu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletariat, dem Pulsschlag des gequälten Volkes.

Wer aber bis jetzt immer noch hoffte, daß die Taktik sich bald ändern könnte, den dürften die Auslassungen Bebels, sowie seine eigene Kriegserklärung an alle diejenigen, welche in Zukunft nicht Ordnung parieren, in der Zeenpalast-Versammlung vom Freitag, den 3. Juli, eines besseren belehren haben.

Betreffs der allgemeinen Feier am 1. Mai wußte auch Bebel diesmal nichts weiter anzuführen, als daß jedenfalls insofern noch heute 10 000 keine Arbeit hätten, wenn die Fraktion nicht noch rechtzeitig erkannt, daß bei der eingetretenen Krise eine Kraftprobe der Partei nicht angebracht sei. Verhält sich denn das aber wirklich so, oder leidet auch diese an demselben Grundfehler wie alle übrigen oben angeführten Maßnahmen der Partei? Das Unternehmertum hat schon immer, wo es sich stark genug fühlte und Zeit und Umstände günstig waren, fackergewerbliche und politische Organisationen der Arbeiter zu sprengen versucht und jeden überzeugungstreuen Arbeiter zu mahrgeln verstanden, lange bevor der 1. Mai als ein gegen das Unternehmertum gerichteter Weltfeiertag vom internationalen Kongress proklamiert war.

Wenn man aber zugibt, daß das Unternehmertum stark genug ist, um bei einer derartigen Kraftprobe des Proletariats Hunderttausende von Arbeitern auf das Pfahler zu werfen, dann ist es sicherlich auch stark genug, unter den gleich günstigen Verhältnissen jede Beteiligung an dieser Demonstration überhaupt in gleicher Weise zu ahnden, auch wenn dieselbe auf einen Sonntag fällt, da die Bedeutung ja dieselbe sein soll. Aber auch die Demokratie bekam von Bebel in dieser Versammlung einen so derben Faustschlag ins Gesicht, daß wir noch jetzt nicht begreifen können, wie ein Mann an einem Abend, ja in einer Stunde alles das zertrümmern kann, was er seit 25 Jahren selber mit aufgebaut und in Wort und Schrift so tapfer und energisch vertrat.

Eine eigene Partei sollen diejenigen sich gründen, welche nicht blindlings mit allem einverstanden sind, was die Parteileitung für gut befindet. Ist denn das nicht die Regierung in einer anderen Form? Glaubt denn auch Bebel heute schon, daß er die Unzufriedenheit wird beseitigen können, wenn er einige Wortführer dieser Unzufriedenen beiseitigt?

Wir sind heute, was wir vor 10 und 15 Jahren schon waren, und werden auch in Zukunft daselbe sein: überzeugte Sozialisten und wirkliche Demokraten.

Wir betrachten uns nach wie vor zur sozialdemokratischen Partei gehörig und lassen uns weder von den Leitern unserer Partei, noch von sonst jemand zu etwas drängen, was gegen unsere Ueberzeugung streitet.

Auch liegen zwischen dem Reichstag und der Revolution auf dem Gendarmenmarkt noch mehrere Mittelstraßen, welche nach unserer Ansicht rascher zum Ziele führen. Trotzdem wir schließlich auch vor der äußer-

ßen Konsequenz des einmal für richtig Erkannten nicht zurückzureden würden, trotz aller demagogischer Verhehung und Angstmeierei.

Wir erwarten aber auch von denjenigen Parteigenossen, welche mit uns, namentlich unter dem Sozialistengesetz, für die Verbreitung unserer Ideen so tapfer kämpften, daß sie sich endlich aufraffen und wieder mit uns der Verjüngung entgegenreten.

Dann wird auch die alte Begeisterung wiederkehren, welche die Tatkraft stählt und alle Schwierigkeiten überwinden hilft.

Hoch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

Verantwortlich für das Flugblatt zeichnete: Ernst Müller, Berlin, Schmidtstr. 39. Gedruckt wurde es von D. Garnisch, in Firma Hugo Einzel, Neuenburgerstr. 30.

Die in dem Flugblatt enthaltenen Anklagen gegen die Reichstagsfraktion wurden von der damals amtierenden Parteileitung als eine Art Hochverrat an der Partei empfunden, genau so wie heute und es kam im Anschluß an diese Veröffentlichung zu heftigen Zusammenstößen. Im VI. Wahlkreis fanden mehrere Versammlungen statt, in denen Genosse Auer sich mit der Opposition auseinandersetzte. In der Versammlung vom 1. September 1891, die im Eisbierhaus in der Chausseestrasse tagte, nahm namens der Opposition der Schriftsteller Eugen Ernst das Wort und erklärte nach einem an den Parteitag in Erfurt erstatteten Bericht, er sei zwar nicht der Verfasser des Flugblattes, und sagte dann: „Wir scheuen uns nicht, unsere Forderungen auszusprechen und wer sie nicht kennt, der mag sie im Flugblatt nachlesen.“ ... In dem Ausspruch Bebels (im Beepalast), er werde der Opposition Gelegenheit zur Gründung einer eigenen Partei geben, zeigt sich eine solche Fülle von Diktatur und Unduldsamkeit, daß eine Gegenemonstration voll berechtigt war; in dem Augenblick mußte etwas geschehen und es erschien das Flugblatt. ... Auer nennt die Kritik des Flugblattes verleumderisch und gemein und doch heißt es in diesem: „Nicht Unehrllichkeit werfen wir den Führern vor, sondern allzu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Führung mit dem Proletariat. Ja wohl, während Sie sich in oratorischen Leistungen ergehen, hören wir den Verzweiflungsschrei des verhungerten Volkes...“

Wir warnen, den bisherigen Weg weiter zu verfolgen! Durch Vergewaltigungen der Opposition werden sie uns nicht dahin bringen, unsere Meinung fallen zu lassen. Sie werden sich nur einen Hofstaat von üblen Heuchlern und Schwindlern im eigenen Lager groß ziehen; die ganze Korruption, mit der das Herrschertum verbunden ist, wird kommen, und dann haben Sie die Partei so weit — wie sie unsere Gegner wünschen.“

In anderen Versammlungen, die folgten, sprachen noch andere Redner der Opposition.

Der Parteitag in Erfurt 1891 beschäftigte sich gleichfalls mit diesen Fragen und kam zu dem Beschluß, Werner und Wildberger aus der Partei auszuschließen wegen verleumderischer Angriffe, ein Beschluß, der keineswegs durch das Statut gerechtfertigt war und der gegen etwa 17 Stimmen gefaßt wurde. Unter den Delegierten, die damals gegen diesen Beschluß stimmten, befand sich auch der damalige Delegierte für Nieder-Barnim, der heute gemäßregelte „Vorwärts“-Redakteur Genosse Carl Leid.

In weiterer Folge schieden eine Anzahl Genossen in Berlin aus der Partei aus und gründeten den „Verein unabhängiger Sozialisten“. Mitbegründer dieses Vereins war damals Genosse Eugen Ernst, derselbe, der heute an der Spitze des vom Parteivorstande gegründeten Vereins „Vorwärts“ steht. Sehr lehrreich!

Die Sonderbündler in Wilmersdorf.

In Wilmersdorf wurde am Sonntag, den 26. November eine Stadtverordnetenwahl vollzogen. Unsere Parteigenossen hatten den Genossen Herzfeld als Kandidaten aufgestellt. Das wurmte die Sonderbündler am Thurow-Groger. Sie konnten es nicht über sich gewinnen, den Genossen Herzfeld zu wählen, und sie stellten deshalb in der Person des Architekten Lüdemann einen Gegenkandidaten auf. Die bürgerlichen Wähler, die sich der Stimme enthalten wollten, wurden dahin bearbeitet, angesichts der Doppelkandidatur doch zur Wahl zu gehen und für Lüdemann zu stimmen, um den Genossen Herzfeld zu Fall zu bringen. In der „Wilmersdorfer Zeitung“ wirkte der Besitzer dieses bürgerlichen Blattes, wie Stadtverordneter Heenemann, direkt für Lüdemanns Wahl. Er wies darauf hin, daß das Abkommen mit dem sozialdemokratischen Wahlverein auf Grund der Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie am 4. August 1914 geschlossen worden sei. Eine Stimmenthaltung der bürgerlichen Wähler zugunsten Dr. Herzfelds, der sich mit dem sozialdemokratischen Wahlverein von der Politik des 4. August lössagte, würde deshalb den Geist des Wahlkompromisses in das Gegenteil umwandeln; dem Sinne jener Wahlabmachung entspreche vielmehr, da bei einer bürgerlichen Wahlenthaltung Dr. Herzfeld zweifellos siegen würde, die Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten, der auf dem Boden der Politik des 4. August stehe, also des Ingenieurs Lüdemann.

Danach wurde Lüdemann der Kandidat des gesamten bürgerlichen Blocks gegen den Genossen Herzfeld. Das geht auch aus einem Flugblatt hervor, das die Sonderbündler für Lüdemann verbreiteten. Darin heißt es u. a.:

Nur seine (Lüdemanns) Wahl bietet die Möglichkeit, in das Wilmersdorfer Stadtparlament einen Anhänger der alten sozialdemokratischen Partei und ihrer Politik, wie sie im Reichstag durch die von dem Abgeordneten Scheidemann geführte alte Fraktion vertreten wird, hineinzubringen. Nur seine Kandidatur entspricht auch der Vereinbarung mit den bürgerlichen Parteien, das Mandat, wie im Jahre 1914, unter Wahrung des Burgfriedens zu befehen.

Von den 2300 eingeschriebenen Wählern erschienen 114. Von diesen stimmten 21 für Dr. Herzfeld, 75 für Lüdemann. Circa 70 der Lüdemann-Wähler sind Bürgerliche!

Ein glänzender „Sieg“, der Arm in Arm mit den bürgerlichen Wählern erfochten worden ist!

Partei und Gewerkschaften.

Eine Konferenz der Verbandsvorstände besaßte sich in den Tagen vom 20.—22. November u. a. auch mit der Frage: „Fernhaltung des Parteistreits von den Zentralverbänden“. Ueber die Verhandlungen berichtet die F. A.:

„Die Abgeordneten Simon und Boß (Gotha) vertreten die Auffassung, daß die Gewerkschaften die Vorgänge in der sozialdemokratischen Fraktion und Partei nichts angehen dürfe, daß die Gewerkschaften vollständig neutral bleiben müßten. Das „Korrespon-

denzblatt" der Generalkommission wurde von diesen beiden Rednern wegen seiner Haltung zu den Parteifreistimmigkeiten heftig angegriffen. Der Standpunkt der beiden wurde von keinem der anderen Redner geteilt. Vielmehr wurde von allen betont, daß es sich hier auch um ganz wichtige Gewerkschaftsinteressen handle, daß die Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion sich durchaus mit den Interessen der Gewerkschaften decke, und daß es Pflicht der Gewerkschaften und ihrer Presse sei, im Sinne ihrer bisherigen Beschlüsse zu wirken. Mit allen gegen drei Stimmen wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände ist sich nach wie vor völlig einig in der wiederholt festgestellten Auffassung, daß die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage zu den Kriegsfragen allein den Interessen der Gewerkschaften entspricht und noch entspricht. Sie lehnt die gegen die Generalkommission und gegen die Gewerkschaftspresse gerichteten Angriffe und Vorwürfe als durchaus unbegründet ab und geht zur Tagesordnung über.“

Daß in einer Zusammenkunft der Vorstände kein anderes Ergebnis zu erwarten war, war vorauszusehen, haben sich doch die Vorstände seit Jahr und Tag auf die Politik des 4. August festgelegt. Niemand aber wird behaupten wollen, daß die Mitglieder der Gewerkschaften auf die Dauer sich von ihren Vorständen werden bevormunden lassen. In einer ganzen Reihe von Gewerkschaften mehren sich die Anzeichen, daß die Mitglieder diese gänzlich satt haben, und es dürfte die Zeit kommen, wo die Arbeiter solchen Führern die Gefolgschaft versagen; denn die Politik, welche die Gewerkschaftsführer, von Ausnahmen abgesehen, verfolgen, liegt nicht im Interesse der Arbeiter.

Lebensmittelnachrichten.

Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung sind in dieser Woche wesentliche Änderungen nicht eingetreten. Ungewiß ist, ob das Fleischquantum von 250 Gramm wird aufrechterhalten werden können. Der Auftrieb an Rindern ist zurückgegangen, auch Schafe und Schweine kommen weniger auf den Markt, und es muß mit einer Gerabückung des Wochenquantums gerechnet werden. Auch Kartoffeln sind infolge des Frohes in dieser Woche weniger eingeführt worden, und es beginnt wiederum eine Jagd von einem Kartoffelhändler zum andern, um die für den Haushalt benötigten Kartoffeln zu erhalten.

Marmelade soll auf den Abschnitt 7 der Lebensmittelliste 1/2 Pfund abgegeben werden, auf drei Abschnitte 2 Pfund. Die Abgabe erfolgt Mitte Dezember von Kleinhändlern.

Die Kohlenknappheit ist noch nicht überwunden und es dürfte in dieser kalten Jahreszeit eine neue dringliche Aufgabe der Gemeinden sein, die Kohlenversorgung in die Hand zu nehmen.

Aus den Organisationen.

Lichtenberg. Unser für den 3. Dezember angelegte Volksliederabend kann umständehalber erst am 10. Dezember, abends 6 Uhr, im Lokale von Tempel stattfinden.

Sollten einigen Genossen die wöchentlich erscheinenden Mitteilungsblätter nicht regelmäßig zugestellt werden, so bitte sofort den in Frage kommenden Viertelsführer zu benachrichtigen. Bestellung auf das Mitteilungsblatt kann jederzeit bei dem Gruppen-

Abteilungs- oder Viertelsführer erfolgen; desgl. die Bestellung der „Leipziger Volkszeitung“.

Der Vorstand.

Mariendorf. Der Bildungsausschuß von Mariendorf veranstaltet am Sonntag, den 3. Dezember, bei Benschke, abends 6 Uhr, einen „Unterhaltungsabend“.

Ein einleitender Vortrag, Rezitationen Heinescher Gedichte und musikalische Darbietungen sollen den Abend zu einem anregenden und geselligen gestalten. Wir erwarten guten Besuch.

Der Bildungsausschuß von Mariendorf.

Arbeiterbildungsschule.

Dienstag, den 5. Dezember findet der siebente Vortrag im Kursus des Genossen Ernst Däumig: „Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ statt. Behandelt werden an diesem Abend: Der Gang der kapitalistischen Entwicklung: Der Konkurrenzkampf — Die Wirtschaftskrisen — Die Aktiengesellschaften — Kartelle der Syndikate — Die Banken — Imperialismus und Nationalpolitik — Der Kampf um den Weltmarkt.

Sonntag, den 9. Dezember: Da mit Rücksicht auf den Kunstabend des Bezirks-Bildungsausschusses der Vortragsabend des Genossen Eduard Bernstein auf acht Tage verschoben wurde, wird jetzt der sechste Vortrag im Kursus „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Vorabend des Weltkrieges“ nachgeholt. Zur Behandlung kommt das Thema: Die Fragen der Handels- und Weltpolitik, die Stellung zum Militarismus und Marinismus.

Die Handelspolitik auf dem Stuttgarter Parteitag (1898) und die Weltpolitik auf dem Mainzer Parteitag (1900). Die Verteidiger von Schutzzöllen und Kolonialunternehmungen: Calver, Schippel, Hildebrand, die Sozialistischen Monatshefte. — Die Sozialdemokratie und der Imperialismus (Chemnitz 1912). Der Fall Hildebrand auf dem Chemnitzer Parteitage. — Die Beschlüsse der Parteitage über Militarismus und Marinismus (Hamburg 1897, Stuttgart 1898). Die Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrvorlage 1913.

Sonntag, den 10. Dezember: Dritter Vortrag des Genossen Leo Rejtenberg in der musikalischen Vortragsreihe: „Übungen im Musikhören“. Behandelt wird diesmal die Form im Zusammenwirken der Musik mit der Poesie. Lied. Melodrama.

Mit Gesangs- und melodramatischen Beispielen.

Beginn der Sonntagsvorträge abends 8 Uhr. Eintrittspreis 20 Pfg.

Verbreitet unser Mitteilungs-Blatt!

Unser Mitteilungsblatt soll das Band darstellen, durch das unsere Organisationen nach dem „Vorwärts“-Maß zusammengeschaltet werden. Unsere Funktionäre haben sich der Mühe der Verbreitung unterzogen. Vielfach geschieht diese Arbeit mit anerkanntem Eifer, an manchen Stellen läßt aber die Verbreitung noch zu wünschen übrig. Dem muß abgeholfen werden. Im Kampfe führt nur Ausdauer und Zähigkeit zum Ziel. Laueheit und Lässigkeit dürfen in heftiger Zeit bei uns keine Stätte finden. Deshalb ergeht an unsere Genossen und auch an unsere Genossinnen erneut der Ruf:

Werbt für unser Mitteilungs-Blatt!

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 2. Dezember, vormittags 9 Uhr, Pappel Allee 15/17; Neukölln „Idealcasino“ Idealpassage; Oberschöneweide, Clarastr. 2, Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr Kl. Frankfurterstr. 6 Vortrag von Herrn Ernst Däumig: „Aus der Geschichte der Jesuiten“.

Arbeiter-Nachb.-Verein „Groß-Berlin“.

Sonntag, den 10. Dezember: Gemütliches Beisammensein bei Matscheuz, Vorsterstr. 9.

An die Kreis- und Ortsvorstände!

Im „Mitteilungsblatt“ soll in Zukunft ein kleines Spiegelbild über das Parteileben in den einzelnen Kreisen und soweit das möglich ist, auch aus einzelnen Drien gegeben werden. Auch sollen alle Veranstaltungen wie Les- und Zahlabende, Versammlungen usw. bekannt gemacht werden. Ferner ist beabsichtigt, eine Sterbetafel einzurichten, in der die Namen der verstorbenen Mitglieder verzeichnet werden sollen. Die Genossen werden gebeten, alle für des „Mitteilungsblatt“ bestimmten Veröffentlichungen bis spätestens **Donnerstag früh** nach dem Verbandsbüro, Lindenstraße 3, 4. Hof III Treppen, gelangen zu lassen.

Buchdruckerei

Maurer & Dimmick

SO 16, Köpenicker Strasse 36/38.

Anfertigung von:

Zeitschriften — Statuten — Q. u. itungsmarken — Billets —
Mitgliedsbüchern — Programmen
sowie sämtlichen Drucksachen.

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 27. November verstarb unser Genosse, der Möbelpolierer

Alfred Bernott, Palisadenstr. 91.

Ehre seinem Andenken!

6. Wahlkreis.

Am 24. November verstarb unser Genosse, der Gastwirt

Robert Gerth, Kopenhagenerstr. 30.

Am Donnerstag, den 23. November, verstarb unser Genosse, der Schlosser

Paul Vater, Rostockerstr. 46.

Am Sonntag, den 26. November, verstarb unser Genosse, der Schuhmacher

Ernst Plum, Putbusenerstr. 8.

Ehre ihrem Andenken!

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 22. Oktober fiel der 34 jährige Arbeiter

Otto Tich

Guineastr. 38, 22. Abt., Bez. 774.

An den Folgen seiner Verwundung verstarb im Lazarett der 29 Jahre alte Buchhalter

Erich Winkelmann

Wittstockerstr. 19, 14. Abt., Bez. 691.

Im November fiel der 42 jährige Töpfer

Rudolf Riedel

Lüderichstr. 58, 22. Abt., Bez. 770a.

In den Julikämpfen fiel der 42 jährige Formstecher

Heinrich Henschel

Kopenhagenerstr. 31, 7. Abt., Bez. 582.

Im Felde fiel der 47 jährige Schriftsetzer

Richard Schaller

Tresckowstr. 37, 3. Abt., Bez. 512.

In früheren Kämpfen fiel der 30 Jahre alte Brauer

Adolf Hentschel

Göhrenerstr. 12, 4. Abt., Bez. 543a.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Im Felde fiel der Tischler

Paul Völkel

Tellstraße 6, 4. Bezirk.

Durch Granatsplitter gefallen der Maurer

Wilhelm Weise

Elbestraße 9/10, 6. Bezirk.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 30. Oktober unser Genosse, der 37 Jahre alte Buchdrucker

Georg Klaus

Niederbarnimstr. 7, 1. Viertel, 1. Gruppe.

Auf dem Kriegsschauplatz gefallen

Bruno Lehman

Prinz Albertstr. 13, 56. Gruppe.

Sozialdemokratischer Wahlverein Lichtenberg.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf!

Am 23. November starb nach kurzer Krankheit der Fräser

Paul Vater

im Alter von 55 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Kolleginnen und Kollegen des Werkzeugbaues der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken.